

HAUSHALTSREDE

von Dirk Rosellen, Fraktionsvorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion
für die Sitzung des Kreistags am 26. März 2025

- SPERRFRIST: 26. März 2025 15.00 Uhr -

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Jahr war die Überschrift über den Haushaltsberatungen anders als in den vergangenen Jahren: Dieses Mal stand nicht im Vordergrund, weitere gute Ideen und Initiativen zu finden und dafür Haushaltsmittel in die Hand nehmen zu müssen. Nein, im Gegenteil. Die FDP-Kreistagsfraktion hat sich sehr früh dazu entschlossen, gerade keine weiteren Haushaltsmittel für das Jahr 2025 zu fordern. Wir haben uns vielmehr zum Ziel gesetzt, eine Reduzierung des Haushaltsvolumens zu erreichen, um so die Kreiskommunen zu entlasten. Dieses Ziel ist uns gemeinsam gelungen! Um das Ergebnis unserer Haushaltsberatungen auch direkt an den Anfang meiner Rede zu stellen: die FDP-Kreistagsfraktion wird dem Haushaltsentwurf deswegen in der Form, wie wir ihn im Finanzausschuss beschlossen haben, zustimmen. Anders wie andere in diesem Haus, die nach intensiven Vorverhandlungen im Finanzausschuss erst zugestimmt haben und sich daran im Kreisausschuss nicht mehr gebunden fühlten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bereits in den vergangenen Jahren war es ein wichtiges Anliegen der FDP-Kreistagsfraktion, einen kommunenfreundlichen Haushalt aufzustellen, der die finanziell angespannte Lage der Kreiskommunen stets mit berücksichtigt. Neben neuen Finanzmitteln haben wir auch da immer schon nach Einsparmöglichkeiten gesucht und



gehörten regelmäßig zu den Fraktionen mit den geringsten zusätzlichen Ausgaben. Bei einer immer weiter sinkenden Prozentzahl der Kreisumlage war es zugegebenermaßen leichter, dieses Ziel zu verfolgen. Ein Anstieg von 32,2 Prozent im Haushalt des vergangenen Jahres auf 35,93 Prozent im Entwurf von Landrat und Kämmerer im letzten Dezember hat unsere Kreiskommunen vor große Herausforderungen und Probleme gestellt. Sie drohten teilweise wegen der zusätzlich erforderlichen Mittel in die Haushaltssicherung zu rutschen. Dies war auch Grund und Auslöser, weswegen die FDP-Fraktion sehr frühzeitig den Entschluss gefasst hat, in den Beratungen gezielt und konzentriert Einsparungen herbeizuführen. Die Kreisumlage sollte die Kommunen nicht in die Haushaltssicherung schicken! Ich freue mich sehr, dass uns dieses Ziel in den gemeinsamen Beratungen und einem grundsätzlich guten Miteinander gelungen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

erlauben Sie mir aber auch ein paar kritische Anmerkungen:

Ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Ausgabenseite sind die seit Jahren immer weiter steigenden Ausgaben im Sozialbereich, die den Kreisen von Bund und Land aufgebürdet werden. Anstatt insbesondere den Kommunen Millionenbeträge im Rahmen einer Altschuldenregelung zu geben, die in der Vergangenheit jeden Sparwillen haben vermessen lassen – quasi als Aufforderung, wieder neue Schulden zu machen -, wäre es aus Sicht der FDP angezeigt, vielmehr an dieser Stelle Lösungen zu finden, die allen Kommunen zu Gute kommen und nicht die diejenigen alleine zu lassen, die in der Vergangenheit solide gewirtschaftet haben.

Auch der Landschaftsverband sei an dieser Stelle angesprochen, der als Umlageverband ebenso wie der Rhein-Kreis aus unserer Sicht mehr Sparwillen bei der Festlegung der Landschaftsumlage an den Tag legen muss. Dauerhaft werden die Kreise diese Ausgaben zwar über die Kreisumlage berücksichtigen können und müssen. Dies geht am Ende jedoch voll und ganz zu Lasten der kreisangehörigen



Kommunen. Das kann keine dauerhafte und nachhaltige Lösung sein! Die Sparmöglichkeiten im Kreishaushalt sind endlich. Dies haben auch die diesjährigen Beratungen des Haushalts gezeigt. Wir haben es uns zu Beginn einfacher vorgestellt, im Rahmen der freiwilligen Leistungen, die der Kreis erbringt, weitere Einsparmöglichkeiten zu finden. Trotz großer Anstrengungen stößt man hier schnell an seine Grenzen, da der Haushalt zu einem Großteil aus verpflichtenden Ausgaben besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Anbetracht dieser Sparanstrengungen haben wir die Planung eines globalen Minderaufwands abgelehnt. Wir haben uns dazu entschieden, den Sparauftrag nicht an die Verwaltung einfach weiterzureichen, sondern als Politik selbst die Handlungshoheit zu behalten. Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang zudem, dass bereits ein Rückgriff auf die Rücklage im Haushaltsentwurf enthalten ist, verbietet sich aus unserer Sicht ein globaler Minderaufwand erst recht. Auch der Rückgriff auf die Rücklage ist nicht wünschenswert, mit Blick auf die schwierige Situation beim Rheinland Klinikum jedoch gerechtfertigt. Mal abgesehen von der Frage der Zulässigkeit eines gleichzeitigen Rückgriffs auf die Rücklage und einem globalen Minderaufwand, sehen wir hier eine Überstrapazierung des Haushalts. Lieber genau planen und Sparmöglichkeiten als Politik selbst im Haushalt heben, als mit unrealistischen Haushalts- und Taschenspielertricks eine Verbesserung der Kreisumlage zu erreichen. Wo soll die Verwaltung noch weitere ein bis zwei Prozentpunkte Verbesserung bei den freiwilligen Leistungen im Haushaltsvollzug heben?

Die diesjährigen Haushaltsberatungen haben auch gezeigt, wie gut und solide der Haushalt bereits in den vergangenen Jahren aufgestellt war. Viele Spielräume bestehen nicht mehr, ohne gerade diejenigen zu treffen, die mit ihrem ehrenamtlichen und sozialen Engagement für Menschen, denen es gerade nicht so gut geht, oder die



in anderen Bereichen wie Sport, Kultur und Brauchtum den Kitt für unsere Gesellschaft bilden. Für die kommenden Jahre, in denen die Beratungen auch durch die weltweiten Entwicklungen wahrscheinlich nicht einfacher werden, ist dies jedoch kein tröstlicher Ausblick, wenn wir nahezu am Ende unserer politischen Möglichkeiten stehen. Auch der Brief der Bürgermeisterin und der Bürgermeister bestätigt dies, die sich in weiten Teilen den steigenden Sozialausgaben widmen und wenige Kritikpunkte im Haushaltsentwurf finden – ganz anders im Vergleich zu früheren Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach guten Beratungen im Finanzausschuss und einer einvernehmlichen Empfehlung der Fraktionen, dem Haushalt zuzustimmen, überrascht die Ankündigung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreisausschuss in der letzten Woche. Anders als im Finanzausschuss wollen sie dem Haushalt jetzt doch nicht zustimmen, sofern nicht noch einem Antrag aus den Beratungen zugestimmt wird. Jetzt könnte man meinen, dieser Antrag von Bündnis 90/Die Grünen sei im Finanzausschuss abgelehnt worden. Dem ist mitnichten so. Die notwendigen Mittel stehen bereits im Haushalt als Klimabudget zur Verfügung und der zuständige Fachausschuss soll die weiteren Konkretisierungen übernehmen. In dieser Situation und aus diesem Grund den Gesamthaushalt ablehnen zu wollen, erscheint an dieser Stelle wenig glaubwürdig und das Argument nur vorgeschoben. Verantwortungsvolle Finanzpolitik und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sehen anders aus. Dies muss ich an dieser Stelle klar so benennen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

auch wenn die diesjährigen Beratungen sehr von Sparanstrengungen geprägt waren, gibt es natürlich auch weiterhin Themen, die wir aktiv voranbringen müssen, um den



Rhein-Kreis Neuss als starken Wirtschaftsstandort nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln

Zu nennen ist hier natürlich in erster Linie der Strukturwandel, der zu gravierenden Änderungen in unserer Region führt. Mit der „Zukunfts.Kraftwerk Frimmersdorf Strategie GmbH“ und den Plänen zur Ansiedlung von Rechenzentren bei uns und in unserer näheren Umgebung sind die ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Transformation von der Kohleregion hin zu einer Zukunftsregion zu schaffen. Hierauf wird auch in der Zukunft unser Augenmerk liegen. Insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist und bleibt eine der Hauptaufgaben im Strukturwandel, die wir gemeinsam als Politik mit Bund und Land, Unternehmen und Verbänden, Arbeitnehmern und Bürgern voranbringen müssen.

Eine intensive Diskussion gibt es auch um die Zukunft der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung in unserem Kreisgebiet und hier speziell das Rheinland-Klinikum. Als FDP-Kreistagsfraktion machen wir uns weiterhin dafür stark, sowohl die Zukunft des gesamten Klinikums zu sichern als auch gleichzeitig keine Verschlechterungen der Gesundheitsversorgung im Kreisgebiet entstehen zu lassen. Das Thema wird uns als Kreispolitik auch zukünftig sehr beschäftigen. Wir wollen die bestmögliche medizinische Versorgung der Menschen im Rhein-Kreis Neuss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Zeiten des Fachkräftemangels wird es auch weiterhin darauf ankommen, die Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber auf dem Markt zu präsentieren sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung auszubauen und weiter voranzubringen. Hier liegen sicherlich noch einige Potenziale, die in der Zukunft gehoben werden können. Das bedeutet jedoch nicht: Digitalisierung um des Digitalisierens Willen. Wichtig ist hier, dass die Digitalisierung einen konkreten Nutzen und Mehrwert für die Unternehmen und Bürger haben muss. Stichwort Entbürokratisierung, also einfacher, schneller und



kostengünstiger. Nur dann erreicht man damit auch Akzeptanz und die Menschen nehmen es an.

Ist der Rhein-Kreis auch starker Wirtschaftsstandort und ist die Höhe der Arbeitslosenzahl mit Blick sowohl auf unsere nähere Umgebung als auch auf NRW insgesamt sowie den Bund gering, so ist im Jahresvergleich auch bei uns ein Anstieg zu verzeichnen. Deswegen dürfen wir auch an dieser Stelle nicht in unseren Bemühungen nachlassen, die Menschen in Arbeit zu bringen und die Attraktivität des Rhein-Kreises für Unternehmen zu erhalten. Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel! Jeder, der arbeitet, zahlt in die sozialen Sicherungssysteme ein und entlastet diese damit gleichzeitig, was die finanzielle Lage insgesamt entspannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Ende meiner Haushaltsrede möchte ich mich wie in den Vorjahren im Namen meiner gesamten Fraktion bei der Kreisverwaltung mit Ihnen, Herr Landrat Petrauschke, an der Spitze sowie allen Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Ein besonderer Dank gilt auch wieder der Kämmerei unter der Leitung von Kämmerer Dr. Martin Stiller und der Leiterin der Kämmerei Christiana Rönicke sowie allen an der Aufstellung des Haushaltes beteiligten Abteilungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die erneut eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

Mein Dank gilt auch wieder den anderen demokratischen Fraktionen des Kreistags für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ganz besonders danken möchte ich unseren Kooperationspartnern CDU und UWG / Freie Wähler-Zentrum mit ihren Fraktionsvorsitzenden Sven Ladeck und Carsten Thiel an der Spitze. Vielen Dank für die konstruktive, sehr angenehme und stets vertrauensvolle Zusammenarbeit euch beiden und euren Fraktionen nicht nur während der Haushaltsberatungen, sondern während der gesamten Zeit der vergangenen Jahre und in dieser sich dem Ende



zuneigenden Wahlperiode! Wir haben in den letzten fünf Jahren vieles gemeinsam auf den Weg gebracht und geschafft, auf das wir stolz sein können. Auch wenn die Ausgangslage nicht einfacher wird, ist der Rhein-Kreis Neuss ein starker Wirtschaftsstandort und sehr gut aufgestellt! Dem kommenden neuen Kreistag, der die nächsten Haushaltsberatungen durchführen wird, übergeben wir eine solide Ausgangslage in herausfordernden Zeiten!

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Frage, wie sich die FDP-Kreistagsfraktion bezüglich des Haushaltsentwurfs verhalten wird, habe ich bereits zu Beginn meiner Rede beantwortet, wiederhole dies aber noch einmal gerne zum Abschluss: Wir stimmen dem Haushalt für 2025 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.